



Niederschrift Nr. 7

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 12. Juli 2011 von 18:00 Uhr bis 20:46 Uhr im Bürgersaal des Rathauses Furtwangen

Vorsitzender: Bürgermeister Josef Herdner

Zahl der anwesenden Mitglieder: 16 + BM = 17 (Normalzahl: 19)

Namen der nicht anwesenden Mitglieder: Stadtrat Rainer Jung (v)
Stadtrat Odin Jäger (v)

Stadtrat Dr. Stefan Scheit, bis 18.10 Uhr
Stadtrat Norbert Staudt, bis 18.28 Uhr
Stadtrat Prof. Manfred Kühne, bis 18.54 Uhr

Schriftführer: Angela Klein

Stadtverwaltung: Ortsvorsteher Hall, Ortsvorsteher Wehrle,
Frau Grieshaber, Herr Baumer, Herr Wekker, Herr Dold,
Frau Weckerlin und Herr Fengler (TOP 2), Herr Lehmann (TOP 6.1)

Sonstige: TOP 1.3: Udo Littwin und Detlef Koch, Polizei

Besucher: 8

Presse: 2

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass

1. zu der Verhandlung durch Ladung vom **01.07.2011** ordnungsgemäß eingeladen worden ist;
2. die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung am **06.07.2011** ortsüblich bekannt gemacht worden ist;
3. der Gemeinderat beschlussfähig ist, weil mindestens 10 Mitglieder anwesend sind;
4. zur Unterzeichnung der Niederschrift **Stadtrat Prof. Dr. Ulrich Mescheder** und **Stadtrat Klaus Hog** bestimmt werden.

TOP 1 Aktuelle Stunde

TOP 1.1 Anfrage von Einwohnern (Bürgerfragestunde)

Ehrenbürger Horst Siedle stellt Herrn Dirk Maute als neuen Stadtjugendpfleger vor. Herr Maute wurde 1976 in Furtwangen geboren. Er ist diplomierter Sozialwirt und hat seine Ausbildung in Villingen absolviert. Begleitende Ausbildungsstelle war das Seniorenheim St. Cyriak. Er war drei Jahre lang in der Stadtmühle Donaueschingen als Stadtjugendpfleger tätig. Herr Siedle erinnert daran, dass der Gemeinderat zum Jahresbeginn 2011 die Stelle des Stadtjugendpflegers gestrichen und sich vom damaligen Stadtjugendpfleger getrennt hat. Diese Trennung hält Herr Siedle für richtig. Dagegen sei es falsch gewesen, die Stelle des Stadtjugendpflegers zu streichen. Er hält einen kurzen Rückblick auf die städtische Jugendarbeit und erinnert daran, dass er vor Jahren bereits auf eigene Kosten einen Stadtjugendpfleger für die Stadt Furtwangen eingestellt habe. Seiner Meinung nach müssten junge Menschen den Umgang mit Drogen, Alkohol und dem Rauchen lernen. Herr Maute werde eine Hausordnung erstellen, wonach der Genuss von Drogen, Alkohol und Nikotin verboten sein wird. Auch werde Herr Maute mit den umliegenden Jugendhäusern zusammenarbeiten. Zunächst werde die Horst-Siedle-Stiftung die Stelle von Herrn Maute finanzieren. Herr Siedle wünscht, dass diese Kosten in der Zukunft wieder von der Stadt Furtwangen getragen werden.

Bürgermeister Herdner spricht Herrn Siedle seinen Dank aus. Er erinnert daran, dass Herr Siedle mit seiner Stiftung bereits den Sinnesgarten beim Seniorenheim St. Cyriak mitfinanziert hat, ebenso die Türsprechanlage beim Kinderhaus St. Elisabeth.

TOP 1.2 Bericht über die Erledigung von Gemeinderatsangelegenheiten

Der Bericht wird von Bürgermeister Herdner abgegeben:

Benutzungs- und Gebührenordnung für städtische Räume und Hallen der Stadt Furtwangen

Die Benutzungs- und Gebührenordnung für städtische Räume und Hallen wurde am 15.06.2011 im Bregtalkurier öffentlich bekannt gemacht. Ein Auszug der Benutzungs- und Gebührenordnung wurde am 21.06.2011 an das Landratsamt Schwarzwald-Baar-Kreis versandt.

Einführung der gesplitteten Abwassergebühr; Festlegung der Abflussfaktoren

Der Beschluss über die Abflussfaktoren wurde an das beauftragte Büro weitergegeben.

Auftragsvergaben: Beschaffung neuer Urnen-Stelen

Alle vorhandenen Stelen sind voll belegt. Auftrag für neue Stelen wurde am 08.06.2011 erteilt.

Örtliche Bedarfsplanung für die Furtwanger Kindertageseinrichtungen 2011/2012

Die Kindergartenträger und der Gesamtelternbeirat wurden mit Schreiben vom 08.06.2011 über das Ergebnis der Gemeinderatssitzung informiert. Die Bedarfsplanung wird dem Landratsamt zur Kenntnis weitergeleitet.

TOP 1.3 Bericht über die Kriminal-/Unfallstatistik in Furtwangen

Hierzu begrüßt Bürgermeister Herdner die Herren Udo Littwin und Detlef Koch. Herr Koch ist heute als Vertretung von Herrn Horn anwesend.

Anhand einer Powerpoint-Präsentation erklärt Udo Littwin die Kriminalstatistik für den Schwarzwald-Baar-Kreis, insbesondere für das Furtwanger Gebiet.

Stadtrat Burger habe ihm mitgeteilt, die Kriminalstatistik müsse so aussehen, dass der Polizeiposten in Furtwangen bestehen bleibe. Nach Aussage von Udo Littwin kann Furtwangen mit einer Häufigkeitszahl von 3.147 als relativ „sicher“ angesehen werden, obwohl sich die Straftaten von 2009 mit 280 Fällen im Jahr 2010 um 15 Fälle auf 295 Straftaten erhöht haben. Zum Vergleich: Die Häufigkeitszahl aller Straftaten liegt in Baden-Württemberg bei 5.324, im Regierungsbezirk Freiburg bei 5.943 und im Schwarzwald-Baar-Kreis bei 3.953.

Laut Herr Littwin liegt die Steigerung bei den Straftaten deutlich unter dem Mittelwert im Schwarzwald-Baar-Kreis. Bei den Sexualdelikten sei ein Rückgang zu verzeichnen. Die Anzahl der Hoheitsdelikte (Sprache reicht nicht aus, Täter gebraucht „Hand und Faust“), sei angestiegen, ebenso die Gewaltkriminalität (Gebrauch von Waffen oder anderen Gegenständen). Hierzu sei anzumerken, dass in Furtwangen durch das Vorhandensein der Hochschule Furtwangen University viele junge Leute wohnen würden.

Weiter teilt Herr Littwin mit, dass bei der Diebstahlkriminalität ein Anstieg von 78 auf 97 Fallzahlen zu verzeichnen sei. Die Anzahl der Vermögens- und Fälschungsfälle sei rückläufig. In der Straßenkriminalität sein ein Rückgang um einen Fall aktenkundig. Die Aufklärungsquote habe 2009 bei 52,10% gelegen, 2010 bei 56,90%.

Die Zuweisungen von Personalstellen erfolge entsprechend der Anzahl von Straftaten. So habe es im Jahr 2005 54 Stellen im Revier St. Georgen gegeben, 2011 seien es noch 47,5 Stellen. Herr Koch sei der siebte Mann auf dem Polizeiposten Furtwangen.

Stadtrat Norbert Staudt kommt um 18.28 Uhr.

Weiter erwähnt Herr Littwin, dass es 2010 sieben Verkehrsunfälle mit acht Verkehrstoten im Revier St. Georgen gegeben habe. Jeder Unfall sei ein Unfall zu viel. Auf dem Gebiet der Stadt Furtwangen habe es drei Verkehrstote gegeben. Bei den Schwerverletzten sei ein Anstieg zu verzeichnen. Trotzdem sei das Niveau im Vergleich zu anderen Städten niedrig. Herr Littwin erinnert an die Sperrung der B 33 in Triberg, woraus sich eine andere Verteilung des Verkehrsaufkommens ergeben hätte. Dies habe auch Furtwangen betroffen. Eventuell könne diese Straßensperrung als Grund für den Anstieg im Bereich der Schwerverletzten und Unfällen angesehen werden.

Abschließend dankt Udo Littwin für die Einladung in die Gemeinderatsitzung. Er freut sich über die gute Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und der Feuerwehr.

Seitens des Gemeinderates wird gewünscht, dass die von Herrn Littwin vorgelegten Unterlagen an den Gemeinderat weitergereicht werden.

Bürgermeister Herdner dankt Herrn Littwin für den Vortrag und der Polizei für ihren Einsatz in Furtwangen. Es sei gute Arbeit geleistet worden, vor allem auf dem Hintergrund, dass die Polizei nicht nur örtlich sondern auch „weiter weg“, z. B. bei Stuttgart 21, eingesetzt werde.

Stadtrat Sauter dankt Herrn Littwin. Man habe einen guten Überblick über das Geschehen im Kreis erhalten. Er freut sich, dass der Polizeiposten in Furtwangen erhalten bleiben wird. Die Polizeianwesenheit in der Nacht hält Stadtrat Sauter für ein wichtiges präventives Thema.

Herr Littwin hält Stuttgart 21 für ein Politikum, das seines Gleichen suche. Die Beamten des Polizeireviere St. Georgen wären oft eingezogen worden. Oft sei es schwierig gewesen, den Dienstplan aufrecht zu erhalten. Er weist darauf hin, dass das Polizeirevier St. Georgen auch beim Thema Sicherheitsverwahrung betroffen ist. Die neue Landesregierung würde eventuell neue Schritte gehen. Zunächst sollen nicht 800 sondern 1.200 neue Polizeibeamte eingestellt werden. Grund hierfür sei der doppelte Abiturjahrgang. Es werde sich zeigen, was finanziell künftig noch geleistet werden kann bzw. soll.

Bürgermeister Herdner dankt den Polizeibeamten Littwin und Koch.

**TOP 2 Parkraumbewirtschaftung;
Anregung des VdU zur Einführung der "Furtwanger Berechtigungskarte"
Vorlage: GR 192**

Zu diesem Thema sind Frau Weckerlin und Herr Fengler anwesend.

Zunächst bedankt sich Bürgermeister Herdner beim VdU für alle Überlegungen im Bereich der Parkraumbewirtschaftung. Die Idee, neue Wege zu gehen und gleichzeitig Werbung für den örtlichen Handel zu machen, lasse sich anhand der angedachten Parkscheibe nicht verwirklichen. Es habe sich ergeben, dass die angedachte Parkscheibe nicht praktikabel sei. Letztlich müsse man sich diesbezüglich mit dem Landratsamt abstimmen. Er bittet Herrn Fengler, die Sachlage anhand der Drucksache darzustellen.

Auch Herr Fengler dankt der Arbeitsgruppe VdU für ihr Engagement für die Stadt und den örtlichen Handel. Eine Debatte über Parken sei wie eine Debatte über Brotpreise. Die jetzige Parkraumbewirtschaftung in Furtwangen gebe es seit 15 Jahren. Bezogen auf die Stadt Furtwangen und ihre langen Winter sei es die beste Lösung. Das Einzige, was für eine angedachte Parkberechtigungsscheinlösung spreche, sei die Bequemlichkeit: Man würde sich dadurch evtl. den Gang zum Parkscheinautomaten ersparen. Die Regelung mittels Parkberechtigungsscheinen sei laut Herrn Fengler im Winterhalbjahr schwierig zu „händeln“. Gesetzlich ist vorgeschrieben, dass eine Parkscheibe „gut sichtbar“ ausgelegt werden muss. Das heißt, dass eine Parkscheibe nicht zwingend im Cockpit des Autos sondern durchaus an anderer Stelle sichtbar angebracht werden kann. Für den Ordnungsbeamten bedeutet dies, dass bei Schneefall Autos „rundherum“ freigekratzt werden müssen, um eine ausgelegte Parkscheibe zu entdecken. Dies sei ein verhältnismäßig hoher zeitlicher Aufwand. Herr Fengler ist der Meinung, dass sich das derzeit gelebte Parkraumbewirtschaftungskonzept bewährt habe. In all den Jahren habe es lediglich zwei Gerichtsverfahren gegeben. Sollte der seitens des VdU angedachte Parkberechtigungsschein zum Einsatz kommen, wären die Handlungen von Herrn Fengler als Ordnungsbeamten rechtlich nicht abgesichert. Auf die Dauer würde dies einen Imageschaden für die Stadt Furtwangen bedeuten.

Laut Stadtrat Ebeling treffen die Ausführungen von Herrn Fengler genau den Punkt. Die CDU stimme der Vorlage so zu. Die Brötchentaste habe sich bewährt. Viele andere Städte würden Furtwangen um das funktionierende System beneiden. Die Stadt Triberg sei nicht mit Furtwangen vergleichbar.

Stadtrat Kern dankt ebenfalls für die gute Vorlage. Seiner Meinung nach hätte die Vorlage früher kommen sollen. Nun habe der VdU viel zu lange „für nichts“ gearbeitet. Es sei verständlich, wenn der VdU daher enttäuscht sei. Der Gemeinderat werde nicht umhinkommen, der vorgelegten Drucksache zuzustimmen. Trotzdem solle man die Parkraumbewirtschaftung im Auge behalten, es gebe genügend Parkraumprobleme durch Studenten. Er schlägt vor, sich in anderen Gemeinden umzuhören, wie diese mit ähnlichen Situationen umgingen.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder dankt Herrn Fengler für die gute Arbeit. Ansonsten stimmt er mit den Aussagen von Stadtrat Kern überein. Trotz der vielen Studenten sei die Situation aufgrund des bestehenden Konzepts gut. Es finde es schade, dass die bisherige Arbeit des VdU umsonst gewesen sei. Er fragt nach den Erfahrungen von Herrn Fengler bezüglich der Situation in der Bühlhofstraße in den Wintermonaten. Insbesondere möchte er wissen, ob es dann dort einen Engpass gebe. Eventuell sollte man diese Straße in das Parkraumkonzept mit einbeziehen.

Stadtrat Prof. Kühne kommt um 18.54 Uhr.

Herr Fengler antwortet, zu 90% seien es Anwohner, die in der Bühlhofstraße ihr Auto abstellen.

Stadtrat Sauter lobt die Ausführungen von Herrn Fengler. Das Anliegen des VdU dürfe man nicht vergessen. Es sei zu überlegen, wie man die Parkraumsituation für die Geschäftswelt und die Kunden freundlich gestalten könne. Die Grundidee des VdU sei gut gewesen. Diese sollte weiter verfolgt werden. Auch er hält es für sinnvoll, zu einem späteren Zeitpunkt beispielsweise die Friedrichstraße, die Bühlhofstraße und die Rabenstraße mit einzubeziehen.

Stadtrat Hog dankt ebenfalls. Herr Fengler habe ihn überzeugt. Es sei bedauerlich für den VdU, dass man ihm aus rechtlichen Gründen nicht helfen könne. Auf Seite 4 der Gemeinderatsdrucksache sei der Vorschlag zu lesen, dass die Rückseite der Parkscheinzettel eventuell für Werbung genutzt werden könnte. Dies solle mit dem VdU besprochen werden.

Stadtrat Kern weist darauf hin, dass die eingesparten 60.000,00 Euro nicht an den VdU „abgeliefert“ würden, sondern dass es sich dabei um eine Ersparnis der Stadt handele.

Bürgermeister Herdner erklärt, die Idee, seitens des VdU eine Parkscheibe entwickeln zu lassen, käme ursprünglich von ihm. Er hält das zugrundeliegende Anliegen des VdU für sehr wichtig. Auch sei es ihm ein Anliegen, das Parkraumkonzept zu optimieren. Er stellt die Drucksache zur Abstimmung:

Beschluss:

Die Verwaltung schlägt vor, die bisherige Parkraumbewirtschaftung mittels Parkscheinautomaten aus rechtlichen Gründen und Praktikabilität in einer Hochschulstadt beizubehalten.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja 2 Enthaltungen.

Bürgermeister Herdner dankt Frau Weckerlin und Herrn Fengler. Beide verlassen die Sitzung um 19.02 Uhr.

TOP 3 Durchführung einer Bürgerversammlung 2011; Terminfestlegung Vorlage: GR 185

Bürgermeister Herdner hält den Sachvortrag. Als Termin für die Bürgerversammlung schlägt er den 18.10.2011 vor. Die Bürgerversammlung soll in der Festhalle stattfinden. Schwerpunktthemen sollen Haushalt und Finanzen sein. Er erklärt, die Stadt habe ein Defizit in Höhe von 2,2 Mio. Euro im Jahr 2012 aus dem Jahr 2009. 2013 werde die Stadt ein Defizit in Höhe von 2,5 Mio. Euro aus dem Jahr 2010 auszugleichen haben. Es stehe weiterhin eng um die Finanzen der Stadt. Hierauf müsse man die Bürger hinweisen. Auch solle verdeutlicht werden, dass die Stadt trotzdem das eine oder andere Projekt verwirkliche.

Stadtrat Riesle hält die Bürgerversammlung für sehr wichtig. Ihm ist es ein Anliegen, dass man die Bürger zu Wort kommen lässt.

Beschluss:

1. Die Bürgerversammlung 2011 findet am 18. Oktober 2011 in der Festhalle statt.
2. Schwerpunktthemen der diesjährigen Bürgerversammlung sollen Haushalt und Finanzen sein.

Abstimmungsergebnis: einstimmig Ja.

TOP 4 Bebauungsplanverfahren

**TOP 4.1 Gewerbegebiet "Am Linacher Weg";
Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB mit verkleinerter Fläche
Vorlage: GR 188**

Bürgermeister Herdner hält den Sachvortrag. Aufgrund der geänderten räumlichen Situation sei ein erneuter Gemeinderatsbeschluss erforderlich. Die Fläche des Bebauungsplangebietes werde um ca. 2.000 qm verkleinert. Auch werde die Hochwasserfrage und die Einfahrtsituation im Bereich der L 173 im Zusammenhang mit der Flächenverkleinerung neu definiert.

Stadtrat Biehler fragt an, ob der heutige Beschluss zum Bebauungsplan rechtlich bindend sei.

Herr Baumer antwortet, dass erst der Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan „Am Linacher Weg“ rechtlich bindend wäre, nicht der heutige Beschluss zur Fortführung des Bebauungsplanverfahrens.

Stadtrat Biehler weist darauf hin, dass Vorschriften der Landschaftsverordnung, zum Bodenausgleich usw. nicht enthalten seien.

Bürgermeister Herdner erklärt hierzu, diese Vorschriften seien Punkte, die sich aufgrund der gesetzlich vorgeschriebenen Offenlage bzw. bei der Anhörung der Träger öffentlicher Belange ergeben würden. Über die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange habe der Gemeinderat zu befinden. Durch den heute zu fassenden Gemeinderatsbeschluss „ginge nichts kaputt“. Das eigentliche Verfahren starte erst, wenn die Hochwasserfrage geklärt sei.

Ortsvorsteher Hall bittet darum, das Verfahren zügig fortzusetzen. Es gebe Interessenten, die ansonsten abspringen. Er empfindet die dargestellte Grünordnung als Gewinn für den Ortsteil Schönenbach.

Stadtrat Thurner befürchtet erhebliche Eingriffe ins Ortsbild und in die Natur.

Dies scheint Bürgermeister Herdner eine subjektive Meinung zu sein. Man solle die Träger öffentlicher Belange sprechen lassen.

Beschluss:

Zur Fortführung des Bebauungsplanverfahrens wird der Entwurf des Bebauungsplanes mit zeichnerischem Teil, den planungsrechtlichen Festsetzungen sowie der Begründung mit Grünordnungsplan mit einer geringeren Fläche gemäß § 3 Abs. 2 BauGB auf die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja, 3 Nein.

TOP 4.2 Bebauungsplan zur Erweiterung des Plangebietes "Industriegebiet Lochhäusle":
1. Auswertung der Stellungnahmen aus der frühzeitigen Bürgerbeteiligung und Anhörung der Träger öffentlicher Belange
2. Auslegungsbeschluss
Vorlage: GR 189

Bürgermeister Herdner hält den Sachvortrag. Die wasserrechtliche Genehmigung sei vom Wasserwirtschaftsamt auf Mitte Juli versprochen. Die Bushaltestelle solle in den Grünstreifen verlegt werden. Dies habe sich aufgrund einer Verkehrsschau ergeben. Die Firma Druckguss-Ketterer stehe bereits in den Startlöchern.

Stadtrat Sauter stimmt der Drucksache zu. Er spricht sich dafür aus, wegfallende Parkplätze zu ersetzen.

Auch Stadtrat Thurner signalisiert Zustimmung zur Vorlage. Es sei schade, dass der Kreisverkehr nicht verwirklicht würde.

Stadtrat Braun stimmt Stadtrat Thurner zu. Ein Kreisverkehr wäre sehr wünschenswert. Im Bereich Lochhäusle würden oft 70 Stundenkilometer gefahren. Es gebe hier Schulkinder und Schüler der Robert-Gerwig-Schule. Er möchte den Kreisverkehr in die Planung mit aufgenommen wissen.

Bürgermeister Herdner erklärt, mit der Aufnahme des Kreisverkehrs werde das Problem der Bushaltestelle nicht gelöst. Pro Tag gebe es ca. 50 Busbewegungen. Entsprechende Gespräche seien noch am Laufen.

Stadtrat Kern empfindet es für einen 18 Meter langen Bus als Problem, links ausfahren zu müssen. Er hält die Verlagerung der Einfahrt nach unten eventuell für problematisch. Ob dies so sei, werde das Verfahren zeigen.

Ortsvorsteher Hall erklärt, dass der Ortschaftsrat Schönenbach ebenfalls der Kreisverkehr angeregt hätte. Er erkundigt sich, ob das eingezeichnete Zeichen „geplanter Rechteckdurchlass“ bedeute, dass die L 173 und die Südtangente erneut aufgerissen werden müssten.

Bürgermeister Herdner antwortet, dies sei noch zu klären. Er sehe keinen Grund, die Südtangente erneut aufzureißen.

Beschluss:

Zur Fortführung des Bebauungsplanverfahrens „Industriegebiet Lochhäusle“ werden:

1. Die vorliegenden Stellungnahmen aus der frühzeitigen Bürgerbeteiligung und Anhörung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange entsprechend den Vorschlägen des beauftragten Planungsbüros Wick + Partner, Stuttgart, ausgewertet.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, nach wasserrechtlicher Erlaubnis und Genehmigung für die Verlegung des Engelgrundbaches sowie Vorlage des Lärmschutzgutachtens für dieses Plangebiet das Bebauungsplanverfahren mit der Auslegung des Bebauungsplanentwurfes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Einholung der Stellungnahmen der beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereiche durch die Planung berührt werden können, fortzuführen.

3. Ein Kreisverkehr soll in die Planung mit aufgenommen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig Ja.

TOP 4.3 Bebauungsplan "Auf dem Moos"; Abwägung gemäß § 1 Abs. 7 BauGB über den Bereich des geplanten REWE-Marktes Vorlage: GR 190

Bürgermeister Herdner hält den Sachvortrag anhand der Drucksache.

Herr Baumer ergänzt, der VGH Leipzig habe am 03.04.2008 entschieden, dass bei der Ausweisung unterschiedlicher Grundstücke jedem Grundstück Verkaufsflächen konkret zugeordnet werden müssen. Dies sei auch in Bezug auf die Innenstadt relevant. Für Aldi und Lidl sei die Zuweisung der Verkaufsflächen bereits erfolgt. Die Zuordnung für den REWE-Markt entspreche den Vorgaben des genannten VGH-Urteils. Es sei nun erforderlich, den Bebauungsplan „Auf den Moos“ in Bezug auf diese Zuordnung zu ändern.

Bürgermeister Herdner erläutert, dass von den 1.500 qm Verkaufsfläche 400 qm für Getränke vorgesehen seien.

Herr Baumer erklärt, dass innerhalb eines Betriebes nur 25% zentrenrelevanter Güter in der Fläche zugelassen würden. Diese Vorschrift habe auch für Lidl und Aldi gegolten.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder weist darauf hin, dass die Grundflächenzahl bei der Firma Wehrle nun auf 0,8 zugehe.

Bürgermeister Herdner antwortet, dies werde separat behandelt. Der heutige Beschluss sei nur auf den REWE-Markt bezogen.

Stadtrat Thurner hält die Parkplatzgestaltung bei Aldi für gelungen, jedoch bei Lidl für bescheiden. Er fragt nach, ob der REWE-Markt bebauungsplantechnisch dazu gebracht werden könne, seinen Parkplatz ähnlich wie Aldi zu gestalten.

Herr Baumer gibt zu bedenken, dass bei Lidl der gesamte Parkplatz mit Folie unterlegt werden musste. Eine Bepflanzung wie beim Aldi-Markt sei deshalb nicht möglich gewesen.

Bürgermeister Herdner schlägt vor, dem REWE-Markt zu empfehlen, seine Parkflächen ähnlich wie Aldi zu gestalten. Dies sei auch im Hinblick auf die gesplittete Abwassergebühr empfehlenswert.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die insgesamt 13 Stellungnahmen von Behörden und Träger öffentlicher Belange sowie die fünf Stellungnahmen von Bürgern und Anliegern aus der erneuten Auslegung des Bebauungsplanentwurfes „Auf dem Moos“ zur Kenntnis und wägt die Stellungnahmen bezüglich des Teilbereiches des geplanten REWE-Marktes gemäß § 1 Abs. 7 Baugesetzbuch ab.

Abwägung und Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan insgesamt werden zu gegebener Zeit nach endgültiger Klärung von Teilbelangen wie Verlegung des Engelgrundbaches oder den Naturschutzausgleich erfolgen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig Ja.

**TOP 5 Bauvorhaben:
Neubau von 38 PKW-Stellplätzen auf einem Außenbereichgrundstück durch die
Firma Ketterer Söhne GmbH u. Co. KG, Furtwangen
Vorlage: GR 191**

Bürgermeister Herdner hält den Sachvortrag.

Stadtrat Sauter erklärt, in seiner Fraktion hätte es diesbezüglich kontroverse Diskussionen gegeben. Zum einen habe man sich gefragt, wie die Autofahrer künftig auf die der Firma gegenüber liegenden Parkplätze kommen sollen. Er möchte wissen, ob dies unterirdisch erfolgen soll. Als zweiten Punkt spricht er den bisher nicht vorhandenen Radweg an. Er erkundigt sich, ob der Radweg in die Pläne integriert werden könne. Hierbei sei privater Grundbesitz betroffen. Es müsse geklärt werden, wer die Kosten trage.

Herr Baumer teilt mit, dass sich die Stadt auf dem betreffenden Grundstück eine Fläche von 3 Meter Breite notariell gesichert habe.

Stadtrat Thurner wünscht, dass das Wasser versickert werden soll. Er schlägt die Anpflanzung kleinerer Bäume oder Büsche vor. Ein Radweg wäre günstig. Als Trennung von Radweg und Parkplätzen solle man eine Grünfläche planen.

Stadtrat Staudt erinnert daran, dass vor Jahren die Firma Koepfer eine ähnliche Zufahrt genehmigen lassen wollte. Seinerzeit wurde eine Genehmigung verwehrt. Er erkundigt sich, ob die Genehmigung rechtlich nun möglich sei.

Bürgermeister Herdner erklärt, dies werde die Anhörung der Träger öffentlicher Belange ergeben.

Stadtrat Dorer schlägt vor, Lagerflächen für die Schneeräumung der Südtangente zu berücksichtigen.

Bürgermeister Herdner sagt zu, dies in die Planung mit einfließen zu lassen.

Stadtrat Thurner erklärt, dass beim Schattenküfer eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 50 Stundenkilometer vorhanden sei. Diese Geschwindigkeitsbegrenzung solle vor die Kreuzung kommen. Er erinnert an ein altes Thyssenrohr, das eventuell als Fußgängerquerung genutzt werden könnte.

Bürgermeister Herdner lässt über die Vorlage abstimmen:

Beschluss:

Das Einvernehmen zur Anlage eines Firmenparkplatzes mit 38 PKW-Stellplätzen auf dem Außenbereichgrundstück südlich der Martin-Schmitt-Straße gegenüber der Abzweigung Weibert-Mahler-Straße wird erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig Ja.

TOP 6 Auftragsvergaben

**TOP 6.1 Haushaltskonsolidierung;
Anmietung und Wartung Papier-Output-Systeme (Drucker u. Kopierer) für alle
städtischen Einrichtungen (Verwaltung u. Schulen)
Vorlage: GR 187**

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Lehmann seitens der Stadtverwaltung anwesend.

Bürgermeister Herdner nennt die Drucksache sehr erfreulich.

Herr Lehmann erläutert den Sachverhalt. Bisher habe es zum Teil einzelne Leasingverträge bei größeren Geräten gegeben, die demnächst ausliefen. Es habe sich gezeigt, dass Leasing und Miete sich lohnen. Nun werde eine Vereinheitlichung von Systemen angestrebt. 15 Firmen hätten die Ausschreibungsunterlagen angefordert, 8 davon hätten Angebote abgegeben. Als günstigster Bieter hätte sich die Firma COMTRI GmbH herauskristallisiert. Herr Lehmann nennt die Referenzen der Firma COMTRI GmbH.

Bürgermeister Herdner dankt Herrn Lehmann. Es sei erfreulich, dass innerhalb von 60 Monaten eine Ersparnis von 86.000,00 Euro möglich sei.

Herr Lehmann ergänzt, es sei sehr vorteilhaft, dass die Stadt nun wissen, was sie in zwei Jahren zu bezahlen hätte. Als weiteren Vorteil nennt er die größere Wirtschaftlichkeit durch die Poolbildung im Bereich der Druckerseiten. Die Verwaltung erhalte 75% Preiserstattung, wenn viel weniger gedruckt würde.

Stadtrat Kern erklärt, dies sei der richtige Weg; er sei gängig und wirtschaftlich. Er erkundigt sich, ob das Honorar in Höhe von ungefähr 33.000,00 Euro für die Beratungsgesellschaft Robin Hood vom Gemeinderat beschlossen worden sei. Seitens seiner Fraktion signalisiert er Zustimmung.

Bürgermeister Herdner teilt mit, dass die Beauftragung der Firma Robin Hood, Deutsche Beratungsgesellschaft für Bürokommunikation mbH, in seiner Entscheidung gelaufen sei. Die Firma Robin Hood habe eine Arbeit geleistet, die die Verwaltung nicht hätte erbringen können.

Stadtrat Kern möchte diese Thematik nicht weiter vertiefen.

Stadtrat Riesle erkundigt sich, wie die theoretisch dargestellten Einsparungen kontrolliert werden und durch wen. Die Firma COMTRI GmbH sei bisher unbekannt gewesen. Er möchte wissen, was an Angebot Nr. 4 schlechter gewesen sei.

Herr Lehmann antwortet, diese Firma wäre technisch nicht so fit gewesen wie die Firma COMTRI GmbH.

Stadtrat Riesle erkundigt sich nach dem Rückkaufswert der verschiedenen Geräte.

Dieser beläuft sich laut Herrn Lehmann auf ungefähr 11.250,00 Euro.

Stadtrat Prof. Kühne möchte wissen, ob die Stadt die ca. 33.000,00 Euro an die Firma Robin Hood sofort bezahlen muss.

Herr Wekker erläutert, die 33.000,00 Euro würden teilweise aus Rückkaufswerten beglichen, ansonsten so, wie die Einnahmen kämen.

Bürgermeister Herdner lässt über die Drucksache abstimmen:

Beschluss:

Nach abgeschlossener Auswertung der eingegangenen Angebote wird mit der Firma COMTRI GmbH, Forsthausstraße 1, 78048 Villingen-Schwenningen, ein Vertrag über die Anmietung und Wartung Papier-Output-Management (Kopier- und Drucksysteme) in Höhe von monatlich 3.290,81 Euro über eine Laufzeit von 60 Monaten abgeschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig Ja.

Nach diesem Punkt verlässt Herr Lehmann die Sitzung.

**TOP 6.2 Vergabe von Ingenieurleistungen für die Neuerstellung der EMSR-Anlagen auf der Kläranlage
Vorlage: GR 193**

**TOP 6.3 Vergabe von Ingenieurleistungen für die Betoninstandsetzung auf der Kläranlage
Vorlage: GR 194**

Bürgermeister Herdner hält den Sachvortrag. Er erklärt, dass sich die Kläranlage Hammereisenbach auf dem neusten technischen Stand befinde. Bei einem Anschluss der Kläranlage Furtwangen an Hammereisenbach wären erneut größere Maßnahmen (ein neues Klärbecken) erforderlich geworden. Wenn die Genehmigung für die Kläranlage in Hammereisenbach ablaufe und größere Maßnahmen fällig werden, sollte erneut überlegt werden, die Furtwanger Kläranlage anzuschließen. Als Voraussetzung nennt er die Reduktion des Fremdwasseranteils im Kanal. Dieser belaufe sich in Furtwangen zurzeit auf 80%. Um für den Betrieb der Kläranlage Furtwangen eine Genehmigung vom Landratsamt erhalten zu können, schlägt er vor, nur die notwendigsten Maßnahmen zu tätigen („Mindestprogramm“).

Stadtrat Sauter erkundigt sich, ob bei diesen notwendigen Maßnahmen eine Voruntersuchung bezüglich Machbarkeit und Kosten einer Leitung von Furtwangen nach Hammereisenbach dabei wäre. Man müsse das Verhältnis von Kosten und Nutzen beachten, um herausfinden zu können, welches der richtigere Schritt sei.

Bürgermeister Herdner erklärt, dass diese Betrachtung angestellt wurde. Der Fremdwasseranteil in den Furtwanger Kanälen müsse von 80% auf ca. 50% reduziert werden. Auf diese Weise könnte Furtwangen für die nächsten Jahre eine Genehmigung erhalten. Trotzdem sollte die Anschlussmöglichkeit in Hammereisenbach nicht aus den Augen verloren werden.

Stadtrat Sauter fragt an, was ein Anschluss in Vöhrenbach kosten würde.

Herr Dold erklärt, für diese Untersuchung müsse man abwarten, was bis in 10 Jahren an Maßnahmen in Hammereisenbach anstünden. Eine grobe Kostenermittlung läge vor. Die tatsächliche Kostenermittlung wäre sehr teuer. Auch ergebe sich in dem Fall die Frage, wer diese Kosten zur Klärung eines möglichen Anschlusses Furtwagens an die Kläranlage in Hammereisenbach bezahle.

Stadtrat Kern ist der Meinung, man solle sich von der Option, nach Vöhrenbach zu gehen, verabschieden. Der finanzielle Hauptanteil an Kosten würde auf Furtwangen lasten. Zudem würde die Stadt Furtwangen den Abwasserzweckverband Eisenbach mitfinanzieren. Er befürchtet, dass diese Kosten die Stadt erschlagen würden. Er spricht sich dafür aus, den Fremdwasseranteil im Furtwanger Kanalbereich zu reduzieren, damit die Furtwanger Kläranlage wieder funktionstüchtig sei.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder ist der Meinung, das Thema hätte im TUA vorberaten werden sollen. Theoretisch höre sich der Vorschlag zur Interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich der Kläranlage gut an. Für ihn ergibt sich die Frage, ob die hier vorgeschlagene notdürftige Lösung ausreichend sei. Zum anderen fragt er sich, ob eine Ausschreibung der Beauftragung des Ingenieurbüros Zink hätte vorausgehen müssen.

Stadtrat Riesle erkundigt sich, ob die bisherigen teuren Gutachten in die vorgelegte Konzeption miteinbezogen worden seien. Seit er im Gemeinderat sei, wäre das Thema Kläranlage eines der dunkelsten Themen gewesen.

Auch Stadtrat Prof. Kühne hält die Kosten für zu hoch. Er spricht sich ebenfalls dafür aus, die Thematik im TUA vorzubereiten.

Stadtrat Thurner schließt sich den Vorrednern an. Er möchte keinen Planungsauftrag ohne vergleichbare Referenzen vergeben. Die Kläranlage sollte seiner Ansicht nach gezielt für längere Zeit saniert werden. Seiner Meinung nach könne ein Zusammenschluss mit Vöhrenbach aus wasserwirtschaftlicher Sicht nicht sinnvoll sein.

Bürgermeister Herdner widerspricht. Das Wasserwirtschaftsamt beurteile einen Zusammenschluss durchaus als vorteilhaft. Da er weiteren Klärungsbedarf als dringenden Wunsch des Gemeinderats erkennen kann, verweist er die Beratung von der Drucksache GR 193 und der Drucksache GR 194 zunächst in den TUA.

Beschluss:

Die Beauftragung des Ingenieurbüros Zink Ingenieure GmbH mit Sitz in 77886 Lauf, mit den Planungsleistungen für die Neuerstellung der Technischen Ausrüstung (EMSR-Anlagen) sowie mit den Planungsleistungen für die Beton-Instandsetzung (Faulturm/Vorklärbecken/Belebungsbecken/Nachklärbecken/teilweise Gebäude) der Kläranlage wird zur Vorberatung in den TUA verwiesen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig Ja.

TOP 6.4 Ausbau der Bregstraße/B 500 in Furtwangen; Straßenbau- und Kanalarbeiten Vorlage: GR 195

Bürgermeister Herdner hält den Sachvortrag anhand der Drucksache.

Stadtrat Sauter erklärt, der Ausbau solle auf den Weg kommen. Man habe noch gut drei Monate zum Bauen. Er erkundigt sich, wann Baubeginn sein soll und bis wann mit einer Fertigstellung der Maßnahme zu rechnen sei. Weiter fragt er nach, warum dieses Thema erst jetzt angegangen wird. Ihn interessiert, ob der Wunsch nach einem Kreisverkehr am Linacher Kreuz zu verwirklichen ist.

Bürgermeister Herdner erklärt, dass der Ausbau der Bregstraße/B 500 erst jetzt in den Gemeinderat eingebracht werden kann, da vorab mit dem Regierungspräsidium verschiedene Dinge (z.B. die Finanzierungsmöglichkeiten) geklärt werden mussten. Parallel hierzu sei geprüft worden, wie der Straßenunterbau aussehe. Die finanziellen Mittel seien nun geparkt. Die Maßnahme sollte daher nicht verschoben werden. Auch ihm „kribble es in den Fingern“, einen Kreisverkehr zu verwirklichen. Es seien jedoch unterschiedliche Behörden bei dem beabsichtigten Ausbau der Bregstraße/B 500 beteiligt: der Bund für die Bundesstraße, der Kreis für die Kreisstraße und ein Straßenteilstück

falle in die Zuständigkeit der Stadt Furtwangen. Die finanziellen Mittel ergeben sich aufgrund des Verkehrsaufkommens. Das RP sehe keinen Bedarf und wolle daher den Kreisverkehr nicht bauen. Aufgrund der sich daraus ergebenden finanziellen Situation sei der Kreisverkehr derzeit nicht zu verwirklichen.

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder schlägt vor, die Straße etwas mehr nach „links“ zu verlegen, um dadurch eine bessere Anschlussmöglichkeit an die Südtangente zu erreichen. Er erkundigt sich, ob Überlegungen zu einer Entlastung des innerstädtischen Verkehrs vorlägen. Weiter ist er der Meinung, dass die Randsteine nicht alle neu gesetzt werden müssten, sondern nur dort, wo es tatsächlich erforderlich sei. Dort, wo Seitenstraßen einmünden würden, sollte man gleich ein Trennsystem vorbereiten. Er bedauert, dass nur zwei Anbieter vorliegen. Weiter möchte er wissen, ob der Angebotspreis von brutto 949.297,72 Euro ein marktgerechter Preis sei. Der UL läge keine Aufstellung über die Finanzierung vor. Er fragt nach, ob die Stadt Anspruch auf finanzielle Erstattung habe.

Bürgermeister Herdner erläutert, dass eine Straßenverlegung „nach links“ ca. eine halbe Million an städtischen Kosten beinhalte. Der Bund würde diese Verlegung nicht tragen, da er sie für zu teuer erachte. Es sei geplant, einen zweiten Kanal an der Straße Richtung Neue Heimat zu verlegen. Auch soll künftig ein Trennsystem ermöglicht werden. Als weitere Straßen, die einmünden, nennt er Ilbenstraße, Weiherstraße, Neue Heimat, Schattenküfer. Allerdings werde hier nur die Anbindung an ein Trennsystem vorbereitet. Die Randsteine würden in der Regel erneuert werden müssen. Er bekräftigt, dass die Stadt nur das Notwendigste erledigen wird. Zum Angebotspreis teilt er mit, dass dieser Preis sich auf der Basis der öffentlichen Ausschreibung ergeben habe. Das Regierungspräsidium Freiburg werde die Planungskosten erstatten.

Stadtrat Ebeling erklärt, es sei bekannt gewesen, dass „Planende der 17. November 2011“ sein sollte. Er rechne damit, dass zu diesem Zeitpunkt bereits Schnee läge. Auch er spricht sich nochmals für die Einrichtung eines Kreisverkehrs aus.

Bürgermeister Herdner ist der Meinung, man solle die haushaltsplanmäßige Finanzsituation vor Augen behalten und nicht die Wunschträume.

Stadtrat Staudt spricht den Rückbau des Gehwegs auf der Südseite an. Er möchte wissen, warum man dort, wo der Gehweg fehle, die Neigung des Hangs nicht verändern könne.

Bürgermeister Herdner teilt mit, dass das Gefälle nur geändert werden kann, wenn die Gesamtplanung ebenfalls geändert wird. Dies habe Auswirkungen auf den Unterbau der Straße.

Stadtrat Hog hält den Gehweg, so wie er jetzt sei, für „unter aller Sau“.

Bürgermeister Herdner erinnert daran, dass 600 qm Gehwegfläche bereits berücksichtigt wurden.

Stadtrat Thurner möchte wissen, ob der bisherige Übergang zur Carl-Diem-Straße erhalten bleibt.

Diese Frage bejaht Bürgermeister Herdner.

Weiter fragt Stadtrat Thurner nach, ob die Preise verglichen wurden und ob die vorliegenden Preise sinnvoll seien.

Bürgermeister Herdner erklärt, die Preise seien im Rahmen.

Stadtrat Prof. Kühne kann die Ermahnung von Bürgermeister Herdner im Hinblick auf

die finanziellen Mittel verstehen. Er hätte es gern gesehen, wenn die Stadt eine Kostenbeteiligung für die Anlage eines Kreisverkehrs erhalten hätte.

Bürgermeister Herdner beziffert die Kosten für den Bau eines Kreisverkehrs mit ca. 220.000,00 Euro.

Stadtrat Hog überlegt, ob es möglich sei, für den Kreisverkehr Sponsoren zu finden.

Für diesen Hinweis bedankt sich Bürgermeister Herdner. Er halte es jedoch nicht für sinnvoll, die hiesige Industrie als mögliche Sponsoren zu überfordern.

Beschluss:

Der Auftrag für den Ausbau der Bregstraße/B 500 in Furtwangen – Straßenbau- und Kanalarbeiten – vom Linacher Kreuz bis zur Kreuzung Ilben-/Jahnstraße wird nach öffentlicher Ausschreibung entsprechend der VOB an den günstigsten Bieter, Firma Gebr. Stumpp GmbH u. Co. KG, Straßen- und Tiefbau, 72336 Balingen, zum Angebotspreis von brutto 949.297,72 Euro erteilt.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja, 2 Enthaltungen.

TOP 7 Bekanntgaben, Anträge und Anfragen

Antrag auf Aufhebung der Schulbezirksbindung

Stadtrat Prof. Dr. Mescheder beantragt für die UL: Die Schulbezirksbindung für die Anne-Frank-Schule und die Friedrichschule für den Wohnbereich Albert-Schweitzer-Straße, Auf dem Bühl, Oberer Bühl, Am Straßberg (angrenzende Wohngebiete nordöstliche der Rabenstraße) wird aufgehoben.

Begründung: Die entspannte Raumsituation in beiden Grundschulen erlaubt heute eine gewisse Öffnung der Wahlmöglichkeiten der Eltern. Diese wollen wir für Familien, die in dem oben genannten Bereich wohnen, der eine gute und sichere fußläufige Anbindung zur Anne-Frank-Schule hat, ermöglichen. Damit entfällt auch die Bearbeitung von derzeit notwendigen Einzelanträgen der Betroffenen.

Bürgermeister Herdner sagt zu, dass das Thema auf die nächste Tagesordnung des Gemeinderats im September gesetzt wird.

Zentrale Kläranlage in Linach

Stadtrat Biehler wünscht sich, dass die Gemeinderäte die Infos hierzu bekommen. Es hätte zur Abwassersituation in Linach eine Untersuchung von einem Studenten der Uni Konstanz gegeben.

Weiter bittet Herr Biehler, den Zaun auf der Rabenhöhe zu versetzen. Dieser berge Gefahrenpotential.

Herr Baumer verweist auf entsprechende Gespräche, die bereits geführt würden.

Bregtalbahntrasse

Ortsvorsteher Wehrle ist aufgefallen, dass die Bahntrasse von Vöhrenbach her gemäht wurde bis zum Anwesen Pfaff. Hier befindet sich ein ungemähtes Stück. Von Furtwangen her bis kurz vor das Anwesen Pfaff sei ebenfalls gemäht worden. Er bittet zu prüfen, ob nicht die Stadt Vöhrenbach dieses betroffene Reststück mit mähen könnte.

Beach und Bier

Stadtrat Prof. Kühne erkundigt sich, ob in diesem Sommer wieder eine Bewirtung („Beach und Bier“) auf dem Marktplatz stattfinden wird.

Bürgermeister Herdner erklärt, diese werde im Anschluss an die Kulturwoche stattfinden. Es gebe eine Kooperation zwischen zwei Interessenten.

Kinderhaus

Stadtrat Braun bittet, an Frau Förderer und Ihr Team Dank und Glückwünsche seitens des Gemeinderates zur gelungenen Eröffnung des Kinderhauses weiter zu geben.

Die Richtigkeit der Niederschrift Nr. 7 wird beurkundet.

.....
Josef Herdner
Bürgermeister

.....
Klaus Hog
Stadtrat

.....
Angela Klein
Schriftführer

.....
Prof. Dr. Ulrich Mescheder
Stadtrat